

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Abonnement: In Gabelstadt monatlich 6 Gabelstädter Reichsmark. — Bestellungen nehmen alle öffentlichen Postämter, Briefträger und der Briefkasten (Stadt), Postfachstraße Nr. 87, entgegen. — Druck, Papier, Garnitur und Betriebsführung enthalten den Preis von der Gabelstadt für den Druck und die Gabelstädter Reichsmark.

Abonnement: Für die abendliche Nummer-Liste 10 Gabelstädter Reichsmark. — Bestellungen in Gabelstadt monatlich 10 Gabelstädter Reichsmark. — Bestellungen in Gabelstadt monatlich 10 Gabelstädter Reichsmark. — Bestellungen in Gabelstadt monatlich 10 Gabelstädter Reichsmark.

Nummer 23

Halle (S.), 3. Juni 1927

3. Jahrgang

Vormarsch des Nationalismus.

Der Sieg der Diphards — Abbruch der Beziehungen mit Rußland — Die Sünden der Kommunisten — Peinliche Empfindungen Moskaus — Litwinows grobe Note — Ueberflüssige Kriegsgerüchte — Die Neutralität der Mächte — Deutschlands Bindung durch den Berliner Vertrag — Der ägyptisch-englische Konflikt — Mussolinis Hege gegen Südtirol — Die einmütige Verurteilung Italiens — Der Völkerbundsrat — Danziger Beschwerde über Polen — Die Klage gegen Litauen — Merkwürdige deutsche Gerichtsurteile — Eingreifen des Preussischen Justizministers — Zentrumsstagnation — Der nachgiebige Marx — Der Fall Wirth — Der Fall Höring.

Die Diphards im Londoner Kabinett haben einen unpopulären Erfolg davon getragen, weil man ihnen doch bei richtiger Betrachtung der Dinge anrechnen muß, daß er zu einem Vorrückte wird. Zunächst aber haben sie ihre Absicht erreicht. Der Druck zwischen England und Rußland ist vollzogen worden und das Unterhandeln hat ihnen mit übermäßiger Mehrheit zugesagt. Die offiziellen Vertreter der russischen Handelsabordnung müssen mit gehobener Stirn das Land verlassen. Die diplomatischen Beziehungen sind abgebrochen ebenso die offiziellen Handelsbeziehungen, während die privaten weiter gebildet werden. Schon diese Einschränkung ist allerlei Schläge zu, zumal sie von Chamberlain und unterzeichnet worden ist. Man möchte nicht ganz auf das russische Geschäft verzichten, aber zugleich den Sowjets die Möglichkeit nehmen, unter der Handelsflagge politisches Unheil zu stiften. Es ist dabei gleichgültig, wie weit Churchill, der als die treibende Kraft angesehen ist, Stenhouse, Amery und Hicks mit ihren Vorwürfen im Recht sind. Es ist ohne weiteres anzunehmen, auch die Dokumente sprechen eine eindeutige Sprache, daß die Russen sich wider die Absicht in die inneren Angelegenheiten einer anderen Großmacht eingemischt haben. Das ist ihnen so üblich. Rußland trank an der Doppelzunge seines Systems. Während die eigentliche Handlung sich bemüht, den Ansprüchen nach Westen zu finden, bietet die kommunistische Parteizentrale, die mindestens ebenso mächtig ist, an der Ausbreitung der Bolschewisten. Ein Eingeständnis dafür und zugleich ein Versuch, um Uebel zu steuern, liegt in der oben in Moskau erlassenen Anordnung, wonach die Handelsdelegationen nicht den diplomatischen Vertretungen unterstellt und ihnen selbstherrliche politische Betätigung verboten wird. Damit ist die Schuldfrage bis zu einem gewissen Grade klärt. Aber politische Probleme sind keine juristischen.

Es ist ein Sieg des Nationalismus, der äußerst besänftigt wirkt. Ueber die grobe Antwort, die Litwinow in England in einer amüsanen Note erteilt hat, kann man mit wenigen Worten hinweg gehen. Schimpfen-reden gegen keine Gegengründe. Der kluge Schriftsteller, der gewarntig sich einer zeitlichen Behandlung in Frankreich a. M. unterziehen muß, hätte ganz bestimmt nicht die Schicksale unterzogen. Sie sind offenbar auch für den inneren Gebrauch verfertigt worden. Im Ausland haben sie nur peinliches Echo herbeizurufen, dort bei den Vätern der französischen Völker, die sonst in Grundbesitz mit Moskau Wert legen. Aber innerlich muß es erwidert werden, daß die Beziehungen auch den Russen auf die ersten gefallen ist. Deshalb auch die wilden Kriegesgeheiß, die sogar in der offiziellen Brande wiedergegeben werden. Wohl England eine Abkade vorzuziehen soll er ein Land, das gar keinen großen Export und noch so wenig Import hat, ist unerfindlich. Wenn eine alte des Union hat in den finnischen Gewässern einen jollte, genaues wissen wir darüber noch gar nicht, könnte das schon als Demonstration gelten, aber nur er bis zum Waffengang ist ein weiter Schritt. Rußland ist für einen Krieg nicht gerüstet, wie er kürzlich so guter Kenner der Verhältnisse, wie es General Jmann ist, im Neuen Wiener Journal dargelegt hat. Rußland aber kann bei einem solchen Abenteuer nichts zinnen. Das Risiko steht in gar keinem Verhältnis dem an sich schon fraglichen Nutzen.

Die Haltung der übrigen Mächte zu Rußland ist bezeichnend im wesentlichen festgelegt. Keine denkt ernstlich daran, ein britisches Beispiel zu folgen. Rußland hat das Beispiel auch ausdrücklich in einer persönlichen Aussprache. In Paris legt man viel zu viel Wert darauf, Frage der Vorkriegssünden zu regeln, als daß man die ohne zwingenden Grund alles wieder leidenschaftig auf sich stellt. Auch ist die Stimmung der Nation einem den Beginn abhold. Italien hat es gleichfalls abgelehnt, irgendwelche Schritte gegen Rußland zu unternehmen, während Deutschland ohnedies durch den Berliner Vertrag zu wohlwollender Neutralität verpflichtet ist. Deshalb hat es auch die Betreuung der russischen Interessen in England übernommen. Es konnte gar nicht anders handeln. Eine Parteimeasure liegt darin nicht

enthalten, wie selbst deutschfeindliche Blätter im Ausland anerkannt haben. Unsere Haltung wurde klarer zum Ausdruck gekommen, wenn England mit dem gleichen Ansinnen an uns herantreten wäre. Doch hat es Norwegen Deutschland vorgezogen. Auch die Amerikaner werden kaum weichen, obwohl ihre Sympathien zweifellos auf britischer Seite sind. Wenn der Vorkämpfer der Partei in Paris eine Rede gehalten hat, in der er die Machtüber der Sowjets mit tollwütigen Stunden verglich und von einer Horde von Wörtern sprach, wird er damit kaum die Zustimmung des Weissen Hauses finden. Die Welt sieht diesen Konflikt nur mit ernster Besorgnis an, weil er die Wirtschaft läßt und eine Atmosphäre der Unsicherheit schafft.

Die Diphards haben sich mit dem ersten Streich nicht begnügt, sondern sofort zu einem zweiten ausgehakt. Ein Beschluß des ägyptischen Kammerparlamentes, der das Gehalt für den englischen Oberkommandierenden frisch, gab ihnen erwünschten Anlaß. Die Londoner Regierung verlangt jetzt eine Zurücknahme dieses Beschlusses und droht mit der Aufhebung der von England einseitig geschaffenen und durch keinen internationalen Vertrag gewährleisteten Autonomie des ehemaligen Khartoumlandes. Drei Schiffschiffe unterliegen sehr wirksam diese Forderung. An sich ist England zweifellos im Recht, nur entscheidet in der Politik der Erfolg. Das Land am Nildelta wird schließlich von Mohamedanern bewohnt, deren Schicksal mit ganzen Isolan als eigenes empfunden wird. Für die allgemeine britische Politik können daraus noch genügend Schwierigkeiten erwachsen. So hat denn die Opposition im Unterhaus sofort zugegriffen. Die Arbeiterpartei selbst ist ihres Führers beraubt, da MacDonald sich schwer krank Zurückhaltung auferlegen mußte. Die Führung ging dann an Lloyd George und die Liberalen über. Ein überredender Staatsmann ist er nie gewesen, aber einer der glänzendsten Agitatoren, über die England verfügt. Seine Kenntnis der Volkstimmung ist groß genug, um Erfolge abzuschätzen, und wenn er jetzt den Kampf gegen die Konserativen aufnimmt, so dürfte er demütlich genug wissen, was er davon zu erhoffen hat.

Wenn die Nationalisten zu Wort kommen, kann Mussolini unangenehm schmecken. Seine jüngste Redeleistung vor dem Parlament hat selbst die wüthigsten anaristischen Blätter ausgedrückt. Was uns an der Rede abstoßte, allerdings mit gebotener Vorsicht. Die kriegerischen Auseinandersetzungen mit irgendjemandem, den Namen nannte er nicht, wird erst in Jahren erfolgen. Er selbst hält ein zehnjähriges Regiment seiner Persönlichkeit für sicher. Wir nehmen das nicht sonderlich tragisch.

Demokraten, führt eure Kinder der Demokratischen Jugend

311.

Auch bei uns gab es einmal an leitender Stelle einen Mann, der immer von trockenen Wurzeln und scharfen Säbeln sprach und selbst so friedfertig wie möglich gewesen ist. Allerdings hat er mit solchen Fanatismus sich selbst ein Ende bereitet. Was uns an der Rede Mussolinis interessiert, ist die Klärung über Südtirol, denn er seine deutsche Kultur glattweg absperrt. Wir werden kaum in der Lage sein, uns mit Mitteln des Völkerbundes zur Wehr zu setzen, da das Gebiet der Etsch nicht uns, sondern Österreich gehörte, und der Friedensvertrag von St. Germain keine Bestimmungen über Minderheiten ent-

hält. Vielleicht gebietet auch die Weltlage keine vorzeitigen Streitigkeiten heranzuzuführen, aber gebietet hat es die Bestimmung gegen den Faschismus bestimmt nicht. Und auf der Lagung der Weltliga für Völkerbund im Berlin ist die Verteilung einmütig gewesen. Engländer, Holländer und Franzosen gaben ihrem Unwillen Ausdruck. Italien hatte es nicht einmal gewagt, den Südtiroler Mitgliedern der Liga Hilfe nach Deutschland auszusprechen. Seine eigenen Vertreter aber wurden stumm und still, als auf diese Unterdrückung die Rede kam.

Die Ratstagung des Völkerbundes in Genf, die am 13. Juni stattfindet, wird erhebliche Beschwerden der Minderheiten über Gewaltmaßnahmen des Nationalismus zu erwärteten haben. Danzig bringt die Angelegenheit der Westplatte zur Sprache, wo die Polen rechtsmäßig Mutation annehmen und unbekümmert um alle Vertäglichkeiten und wahlen, als ob die freie Stadt in ihr Eigentum übergegangen wäre. Nach das brutale Verbrechen gegen die deutschen Schüler und Eltern in Ost-Oberschlesien wird immer wieder den Rand beschäftigen, bis einmal dort gründlich Wandel geschaffen worden ist. Während wir früher mit Litauen ausgezeichnet standen, hat sich das geändert, weil auch dort der Nationalismus am Ruder ist. Der Ministerpräsident Waldemar ist sicherlich mit den Maßnahmen gegen Memel nicht einverstanden, was für er manderlei Zeugnisse gibt, aber seine Macht reicht nicht aus, die eigene klare Erkenntnis gegen den Willen der Militärs durchzusetzen. Die Auflösung des Memel-Länder Landtags und die Verschleppung der Wahlen sind ein Rechtsbruch, den Deutschland nicht stillschweigend hinnehmen konnte. Dr. Stresemann hat denn auch selbst Schritte unternommen, um vor dem Rat Anlage zu erhalten. Die Hoffnung, daß die Völker durch die Sprechenden des Weltkrieges wenigstens vom Nationalismus befreit würden, hat sich selber nicht bewahrt.

Nationalismus auch bei uns. Wir meinen damit nicht die Stachelentladung und ähnliche Veranstaltungen, die in ihrer Bedeutung weit überschätzt werden, sondern den Geist im großen Teil der Verwaltung und Justiz. Immer wieder erregt Urteile Kopfschütteln. Am bedenklichsten war das eines Berliner Antrichters, eines triebener Marine-Oberkriegsgerichtsrats im Fall Maßmann. Kleine Selbststrafen wurden für die schwersten Verleumdungen verhängt, die auf der anderen Seite ausgeprochen, zweifellos nur mit Gefängnis geahndet worden wären. Viel schlimmer ist noch die Begründung, die in der Hugenberg-Bresse als Leitartikel hätte stehen können. Der Richter behauptete, daß Wahrauns Betreibung auf Bündnis mit Frankreich eine Gefährdung des deutschen Volkes bedeute, gegen die sich die Angeklagten, ehemalige hohe Offiziere, hätten schützen müssen. Man mag über Wahrauns Politik denken, wie man will, aber wir haben noch niemals gehört, daß Völkische wegen ihrer offenen Auforderung, mit Rußland gemeinam die Waffen gegen die Westmächte zu ergreifen, von einem deutschen Gericht verdamm worden wären. Der Preussische Justizminister hat sich die Alten eingefordert und damit betundet, daß er diese Begründung mindestens als sehr merkwürdig empfindet. Vor einem anderen Berliner Gericht erhielten Nationalsozialisten wegen Sprengung einer Reichsbannerversammlung geringfügige Geldstrafen, während die meisten sogar freigesprochen wurden. Legt's zu den übrigen.

Mit besonderer Spannung wird man der Vorstandstagung des Zentrums entgegengehen können, die sich am Freitag mit dem Fall Wirth beschäftigt. Man braucht die Königsberger Rede des ehemaligen Kanzlers nicht in jedem Ausdruck zu billigen, daß aber Herr Marx sofort bereit war, auf deutschnationalen Einfließen hin, ein feindseliges Verfahren gegen den Parteifreund zu eröffnen und zugleich an die Preussische Regierung eine Aufforderung zu richten, Herr Höwing eines gleichen Vorgehens wegen zu maßregeln, mühte etwas seltsam an. Herr Marx wird kaum auf allgemeinen Verständnis damit stoßen, und ein Artikel der „Germania“ „Wir und die Sozialdemokraten“ zeigt, daß man nicht allenthalben im Zentrum „mit der neuen Koalition zufrieden ist, sondern deren Ende herbeisehnt.“

Richard Ma p.

Demokratisierung der Geister.

Eine Pfingstbetrachtung
von Hermann Anders Krüger.

Es ist jetzt wieder einmal voll von der Demokratisierung der Verwaltung und anderen Demokratisierungswünschen die Rede. Von ihrer unerlässlichen Notwendigkeit, von der Demokratisierung der Geister, ist wenig man jedoch, ohne dieses notwendige geistige Fundament wird nichts Neues, nichts Dauerndes zu schaffen sein. Nach Demokratisierung auf allerlei Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens ruhen heute freilich nicht nur Demokraten, auch viele ihrer Gegner. Prüft man aber einmal recht die letzten Beweggründe solcher Forderungen, so gerät man bei demokratischer Mimikus dabei. Meist handelt es sich um den kaum geschätzten Teil des Demos, dem man gerade mit seiner Klasse oder Organisation, mit seinem Beruf oder gar mit seiner Beamtenschaft, Angestellten- oder Arbeitergruppe angehört. Diese besondere Bevölkerungsschicht gilt dann den Forderungen als das eigentliche Volk, mindestens als sein bester Teil, und durch diese Besen soll sich darum das übrige Volk setzen und beherrschen lassen. Erst wenn diese Hauptforderung erfüllt, richtig, erfüllt, dieser Machtvollkommenheit durchgesetzt ist, würde die Demokratie vollständig sein. Ob und wie die andern Volksgenossen dabei zu ihrem Recht und ihrer Freiheit kommen, ist den Vätern dieser Wünsche ziemlich gleichgültig. Auch über den Weg zu dieser Demokratie, wie „sie sie aufpassen“, richtig, richtig, zu diesem Klassenegoistischen Ziel, lassen sie sich handeln. Organisationszwang, Manifeste, Ausschaltung wirtschaftlicher Überlegenheit, zur Not auch Diktator zugunsten einer Klasse oder eines Berufsstandes, alles würde in Kauf genommen werden, wenn dadurch wirtschaftliche Vorteile (s. B. Steuererhöhung), politische Führung, vorherrschender Einfluss, kurz gesagt, Macht erlangen oder gar dauernd behauptet werden können. Mit dem mehr oder weniger demagogischen Verprechen solchen Erfolges läßt sich heute noch fast jeder irgendwie einfangen, organisieren und zu irgend welchen Leistungen oder Opfern bewegen. Und warum? Weil nach dem ehernen Gesetz der Trägheit die Massen noch dem Alten, dem Gewohnheitsmäßigen geneigt, weil nur vereinzelte Köpfe wirklich demokratisch zu denken oder handeln wagen, das Gros der Geister noch längst nicht demokratisiert ist, noch nicht einmal bei der Jugend, die immer wieder die Opposition an sich lockt.

Sicherlich lagen besonders schwere Schommungen in den Begleit- und Folgeerscheinungen des allzu langen und darum fittlich besonders verhängnisvollen Krieges wie der vorwiegend zum Klassenkampf getragenen und darum auch zum Teil verhängnisvollen Revolution. Weitere Schwierigkeiten brachte ein vorläufig noch unzulänglicher Parlamentarismus, der teils aus der Ungezogenheit der herkömmlichen Untertanhaftigkeit, teils aus der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Zerissenheit der deutschen Völkern, endlich aus dem jeder Verantwortungsfähigkeit korrupten Leistungen über nachgelassenen System der Koalitionsregierungen resultierte. Kein Wunder also, wenn das deutsche Volk in seiner politischen Unerschaffenheit und historisch, sozialen und natürlichen Bedingtheit zunächst mit dem überhaupt nicht allzu viel Gehörtes anzunehmen wußte, und weniger, als im freien Spiel demokratischer Kräfte überall plötzliche Gefahrenquellen aufzudeckeln können. Aber bei allen Krankheiten und Entartungen der Demokratie gibt es doch nur einen Weg der Heilung: Vereinerlichung, Vereinerlichung, rasche Verbreitung des echten demokratischen Geistes, um dessen letzten Inhalt und seine beste Form immer wieder und vor allem von jeder neu aufsteigenden Generation gerungen werden muß. Je reiner und allgemeiner die demokratischen Ideale erkannt und ins Volk getragen werden können, umso rascher werden wir mit der Zeit der großen Zeitläufer, der Schicksal und dem Gewaltgeist, fertig werden. Noch heute — um nur etwas

anzudeuten — haben Tausende und Hunderttausende, die von Demokratie schwächen und ihre Verwirklichung überall fordern, nicht begriffen oder nicht begreifen wollen, daß politische und rechtliche Gleichstellung jedes Volksgenossen nichts mit billiger Gleichmaderie zu tun hat, daß Hebung des Gesamteindeus wichtiger ist als jede Einzelbeförderung, daß alle neuen Rechte von neuen Pflichten bedingt sind, daß kein Volkstaat bestehen kann ohne ein hartes Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen Staatsbürgers gegenüber der Gesamtheit seiner Gemeinde, seines Volkes und auch der Menschheit.

Altruismus und Toleranz gehören zu den Grundpfeilern echter Demokratie, die bei allem berechtigten, ja unentbehrlichen Nationalbewußtsein die Selbstsucht und den Gewaltgeist der rein nationalstaatlichen Weltanschauung ablehnen, ja bekämpfen muß, da sie in ihrem Volkstum auch der Menschheit und ihrem Fortschritt dienen will. Nicht mit Unrecht wirt der Altsage Tagore dem ostindischen Nationalismus vor, daß er „nicht auf solches Zusammenwirken begründet, sondern von Anfang an und bis in seinen Kern vom Geist des Kampfes und der Eroberungsgier beherrscht sei. Er hat die Organisation der Macht bis zur Vollkommenheit entwickelt, geistigen Idealismus aber nicht großzügig“. Die wünschliche Idee ist eines der wirksamsten Betäubungsmittel, die der Mensch erfunden hat. Unter dem Einfluß seiner Dienste kam ein ganzes Volk ein planmäßiges Programm trotz schwerer Selbstsucht auszuführen, ohne sich im geringsten feiner sittlichen Verbundenheit bewußt zu werden.“ Als der scharfsichtige Indier diese Worte schrieb, lag der Völkerverbund noch in der Wiege. Merkt dieser jetzt seine Größe auch demokratisieren würde, könnte an die Stelle des „Marronettenthaters von Politikern, Militärs, Fabrikanten und Bürokraten“, mit dem Tagore die menschliche Gesellschaft Europas vergleicht, ein hoffnungsvoller Bund für rechtliche Völkerverständigung werden und so vielleicht ein neues Weltbürgertum heraufbesuchen.

Wingflin ist und bleibt für die christliche Welt das Symbol der Erneuerung des Weltgeistes, der ja auch im Altertum durchaus nationalstaatlich auf die Macht des Schwertes und ebenso egoistisch auf die Vorrechte bestimmter Klassen eingestellt war. Die siegreichsten Erkenntnisse des Hellenismus und seiner feinen Philosophen hatten daran so wenig geändert, wie der starke Monarchismus des Judentums. Erst das Evangelium des Nazareners und das paulinische Christentum überschritten bewußt die Grenzen engherziger Nationalität und wanderten mit ihrer neuen Erkenntnis, daß Gott die Liebe sei, hinaus zu allen Völkern und liehen zum ersten Male in der Weltgeschichte vor Gott und seinem Willen nur den Menschenbrüder gelten, auch im niederen Sklaven und Paria. Wingflin brachte die weltliche Idee der Befreiung von der Schuld der Väter und der Privilegierten, brachte seine Botschaft, vielleit nicht zuletzt in vielen Jungen redend, allen Nationen und Ständen und drach damit auch dem demokratischen Ideal die erste Gabe, die dann freilich die neue Kirche mit ihrer Hierarchie vollends die angestrichelten Stärken des Abendlandes immer wieder verdrängte. Nicht nur Christus ward getreugt und unterlag, auf sein von Paulus und anderen vertriebenes Evangelium ward mehr als einmal in der Welt besiegt und vernichtet, aber nur, um immer wieder lebendig und siegreich wieder aufzuerstehen.

Die Entwaldung aller großen Ideen verläuft zum einmal in Wellenlinien, sie liegt in dieser unzulänglichen Welt nichts Bedeutsames, was nicht erst unterlegen ist. So wird auch der Weg der demokratischen Ideale auf- und niedergehen. Auf den Höhen wird man triumphieren und erröthen, in den Tälern erst verweilen, dann sich läutern, wieder neuen Takt und Glauben finden und dann abermals kraftvoll bergan steigen. Auch die deutsche Demokratie muß zur Zeit zu Tale ziehen, um sich zu klären und zu vertiefen, um die Geister von neuem zu sammeln und von Grund aus zu demokratisieren. Sie liegt heute schärfer als 1918 und 1919, daß mit Trauung geistigen und Schlagworten, ja selbst mit der trefflichen Festschreibung durch Verfassungsparagraphen noch wenig er-

reicht ist. Sie erkennt mehr und mehr, oft unter harten Schlägen schwerer Enttäuschungen und Niederlagen, daß sie nicht ein Hauptziel des großen Zeigs, sondern das entscheidende Tropfen geistigen Saureits werden mit der neuen Volkstaat und zunächst für die Völkern Nation, die das Volk nicht beherrschen, sondern ihm dienen und es empfinden sollen auf den oft bornigen Gedankenwegen geduldig, aber weit vorausschauender Fortschritt. Erst wenn die Demokratisierung der Geister vorragen sein wird, kann das Werk richtig durch Neues, Besseres ersetzt und das Gift der Zwietracht und der Spaltung in den deutschen Volkstörper wie im Leben der Weltwölfer siegreich überwunden werden.

Zum Breukentag des Zentrums

Mit berechtigtem Stolz hat Herr Dr. Hoff, der Führer der preuß. Zentrum, auf dem Zentrumsparteitag auf die letzte Abstimmung im Landtag hingewiesen, bei der das formale nützliche Militärabkommen mit 216 gegen 20 Stimmen abgelehnt wurde, und hat betont, daß gegenüber den oft nur mit knapper Mehrheit abgewogen oder gelegentlich sogar angenommenen Militärabkommen von 1925 der heutige Erfolg ein glänzendes Beispiel für den Sieg einer geradlinig geführten Politik sei. Er hat aber auch als Parteiführer die Pflicht betont, seinen Parteifreunden die Früchte einer solchen Politik aufzuweisen, die das Land auch für die Partei nachzuweisen. Worin bestehen die Erfolge des Zentrums? In Reichstrecke treibt man recht gerne eine Seite gegen die Weimarer Koalition und die heutige preussische Regierung, die sich unter der Führung des Zentrums stehe und das Zentrum an den Reichspolitikern, am Kom. vertrat. Wie sieht es damit?

Herr Dr. Hoff hat, und wieder mit Recht darauf hingewiesen, daß das Zentrum in der heutigen Regierung mit Willen und Unterfertigung der beiden anderen Koalitionsparteien mit dem eigenen Hintertreiben der katholischen Minderheit in der Reichsversammlung, besonders mit ihrer Überzeugung bei der Befreiung der oberen Stellen, hat zu räumen können. Rückwärts ist dazu nur zu sagen in ist bei den Haushaltsberatungen von demokratischer Seite und auch von der Regierung gelöst worden, daß es sich hier um einen Trost handelt, der nicht in etwa zwei Jahren erledigt werden kann, ohne daß daraus nicht wieder ein schwerer Unrecht gegen manchen tüchtigen eparatistischen Beamten entstünde, daß also das Tempo verlangsamt werden müsse. Der demokratische Sprecher hat sich gegenständig, daß man auf der katholischen Seite dabei auf den Willen zum Vergehen der Vergangenheit aufbringen müsse, während man manchmal den Eindruck heute gewinnen kann, daß man nachträglich die Unbillen der Vergangenheit gerne als Beispiel für Gegenwart und Zukunft recht lieb genommen hat. Und man muß auch verlangen, daß niemals von Ministerien der Eindruck einer einseitigen Bevorzugung des früher vernachlässigten Bevölkerungsteils entsteht.

Herr Dr. Hoff hätte hinzufügen können, daß die heutige preussische Regierung auch mit der einseitigen Bevorzugung des Offiziers bei der Verwendung der öffentlichen Mittel aufgeräumt hat. Man ist im Ofen zu leicht der Meinung, daß der Welt in seinem großen Reichtum seinen Bedürfnissen allein nachkommen kann. Gewiss anfangt jeder aus dem Ofen kommenden in den christlich-menschlichen Sitten das Bild des Reichtums und der Mähe gegenüber bestehenden offiduellen Mitteln. Man überliest, daß es auch im Westen eine und die Staatspflege bedürftige Gebiete gibt. So dürfen 2. die Schulpfänger in manchem Eifelort an kümmerliche und Vernachlässigung den Wettbewerb mit einer offiduellen Schulgeschichte jeder Zeit aufnehmen. Es ist für mich ein Bedauern des Militärtrugs, daß es die deutsche Volkswirtschaft auf diese bedürftigen Landgebiete gelenkt hat. Aber über diese Umstellungen hinaus hat das Zentrum genau wie die andern Koalitionsparteien in der Koalition eigene Wünsche zurückstellen und sich beschließen müssen. Deutlich ging dies aus den Worten des Sprechers zur Ru-

Der Ehler Damm.

Ein Meißerstück deutscher Technik.

Aus Westerland schreibt uns unser ensandter Sonderberichterstatter: In langen Tagen schied die Nordsee ihre Wellen gegen das Festland. Tag und Nacht, Nacht und Tag domiert dieser Angriff fort. Aber das Meer trotz und die Wellen traten der wütenden See. So verstand die Beanspruchung, und an den heißen Sommertagen ist sie ein Kinderpiel. Mondmal ändert sich aber das Bild und in dunklen Herbstnächten schied der Sturm seine gewaltigen Wellen zum Angriff vor. Da war Menschenkraft vergebens. So rief die Nordsee Stille aus holländischen Gebiet. So entstand die Zudecke, der Dollart und der Jadebusen und so die west- und ostfriesischen Inseln. Und doch ließ sich jeder Menschweise durch die Meeresgewalt nicht erschüttern. Seit ist wieder ein Beispiel für diesen Willen entstanden: durch einen Damm ist die einjährige Insel Sylt wieder zu einem Stück des deutschen Festlandes geworden.

Am 31. Mai 1927 fand das deutsch-dänische Abkommen sein Ende, wonach Dänemark den deutschen Verkehr nach der Insel Sylt durch dänisches Gebiet gestattet. Man hat diesmal nicht die Diplomaten arbeiten lassen, sondern die Techniker haben gearbeitet. Das Abkommen brachte nicht verlangert zu werden, der dänische Korridor ist überflüssig geworden, denn vom 1. Juni ab führt die Verbindung nach Sylt auf dem neu erbauten Damm durch das Wattenmeer, und der Reichspräsident hat sich an diesem Tage mit dem ersten offiziellen Zuge auf dem Festlandwege nach Sylt begeben. Angefichts der Meeresgewalt schwindet der Sinn für leichtfertige Verleumdungen, und doch muß gesagt werden, daß der „blanke Hans“ bezwungen ist, bezwungen durch ein Meißerstück der Technik. Ein paar Tauschen und Jaßen, die das

Werk schildern: 50 m breit der Damm hat 11 m die Krone, die 1,8 m über dem höchsten jemals beobachteten Sturmflutwasserstand liegt, so daß nach menschlichen Voraussetzungen ein Ueberfließen auch nur einzelner Wellen über die Dammschwelle nicht eintreten wird. 3,2 Millionen cbm Boden sind ins Meer geschüttet, und zur Befestigung dienten rund 320 000 Tonnen Kies, Ballast und Granit. 11 km führt der Damm durch Wattenmeer. Der Damm allein hat 18,5 Millionen Mark verschlungen die Herstellung von je 1 m Dammbau erforderliche rund 1700 Mark. In 3½ Jahren haben deutsche Kopf- und Handarbeiter hier drahen ihren schmerzlichen Kampf mit dem Meer gefämpft. Nicht immer sind sie Sieger geblieben, in manchen Monaten war die Fortführung des ganzen Bauwerks in Frage gestellt, bis es schließlich mit Zähigkeit und unter Opfern mancherlei Art zum Erfolg geführt werden konnte. Aber heute im bequemen De-Zugwagen über den Damm fährt, sieht man das vollendete Werk; notwendig aber ist es, sich des Arbeitsvorganges zu erinnern. Mit dem Fortschreiten des Dammbaus steigerten sich die Schwierigkeiten, da durch den Wechsel von Ebbe und Flut im Wattenmeer eine verhältnismäßig starke Strömung vorhanden war. Diese Strömung steigerte sich, je mehr von der Insel und vom Festland aus der Damm vorgehoben wurde. Das Vortreiben der Spundwände wurde immer schwieriger, der blanke Hans wollte den Technikern ihren Triumph nicht gönnen und rief in mancher Nacht wieder fort, was am Tage geschloffen worden war. Bis eines Tages schließlich doch das Loch geschlossen werden konnte. Auch dann freilich gab sich die Nordsee nicht geschlagen, und in den Nebengebieten vom vorigen Jahr wurde der Damm einer gewaltigen Kraftprobe ausgesetzt. Die stärkste Sturmflut seit 1894 brauchte hier — der Durchbruch misslang. Zwar wurden dem Damm hier — und da Wunden geschlagen, aber das Werk selbst blieb.

Der Damm wird bleiben, denn von jetzt an folgt die Natur selbst mit jedem Tag für die Stärkung des Baues.

Beiderseits des Damms treten Bewaldungen ein, und es besteht begründete Aussicht, daß dadurch, was Festland ausgehend, neue Marktgebiete, insbesondere fruchtbarer Boden dem Meer abgenommen werden. Zur Begründung der Landanlegung und zur Stromregulierung sind, besonders an der Südküste des Damms, wo das Meer umgebändert ist als ein der Nordseite, Büchsen tief ins Watt getrieben. Der Erfolg ist aber Erwarten gut gewesen und bereits heute sind 270 Hektar wertvollen Neulandes dem Meere abgeräumt worden.

Der Gedanke des Dammbaus ist nicht neu. Bereits vor 50 Jahren wurde der Plan erörtert und vor dem Krieg lagen im preussischen Ministerium fünf öffentliche Arbeiten fest. Pläne für den Bau vor. Aber erst nach dem Krieg, und besonders angefangen der Folgen des Weltkrieges, konnte man sich auf diesen Bau entschließen, der gleichzeitig ein Dank an die Bevölkerung von Sylt war, die in der Abkündigung treu zum alten Vaterland geblieben hatte. Der Bau selbst ist — ein Beispiel für gute Zusammenarbeit — von der Reichswasserbauverwaltung in Verbindung mit der preussischen Reichsbahnverwaltung durchgeführt. Die Reichsbahn hatte das Hauptinteresse an diesem Damm, weil sie durch endlich die von den Inselbewohnern und den Sommergästen so sehr ersehnte feste Verbindung schaffen wollte. Die Verkehrsfragen sind entscheidend bei den Entschlüssen zum Bau geworden und jetzt ist der Erfolg der, daß Westerland nun Hamburg in 4½ Stunden und von Berlin in 9 Stunden erreicht werden kann. Es braucht hinüber seines langen Wartens auf Schiff und Eisenbahn mehr, Zoll- und Befragungen sind überflüssig geworden, der Fahrplan der Züge ist fest und nicht mehr von Ebbe und Flut im Wattenmeer abhängig. Dieser Damm durch das Wattenmeer ist uns ein Zeichen, wie Klugheit gepaart mit Zähigkeit die größte Schwierigkeiten überwinden. Er ist ein sichtbares Zeichen für den Aufschwung unseres Volkes in der Nachkriegszeit.

... auf dem Parteitag, des Abg. Dr. Linneborn, ... Das Zentrum hat trotz seiner angeblichen ...

Die Ausgaben beliefen sich im Berichtsjahr auf 627,3 Mill. RM., gegen 395,8 Mill. im Jahre 1924 und 242,9 Mill. im letzten Vorjahresjahr. Die Steigerung gegen das Vorjahr betrug demnach 58 v. H., gegen 1913 sogar 158 v. H. Etwa ein Siebtel der Gesamtausgaben entfiel auf die Rentenleistungen, die sich gegen 1913 um 191 v. H. erhöht haben. Diese starke Zunahme ist eine Folge der Steigerung der Zahl der Renten und der Höhe der einzelnen Renten. Die freiwilligen Leistungen, unter denen das Heilversfahren die erste Stelle einnimmt, sind gegenüber 1913 um 36 v. H., die Verwaltungsausgaben um 35 v. H. gestiegen. Wenn man einerseits die Geldwertveränderung, andererseits die Erhöhung des Arbeitsaufwandes, insbesondere durch die beschleunigte Berechnung der Zuschlagsteigerungen infolge des Gesetzes vom 1. April 1925 berücksichtigt, so ist die Zunahme der Verwaltungsausgaben als gering zu bezeichnen. Von den

tätig ist, in Loburg als ungeladener Gast, die volksparteiliche Trommel gerührt, mit dem Erfolge, daß man ihn höchlich hat, sich für die Folge an den Großgrundbesitz zu wenden; die Bauern verzichten gern auf diese volksparteiliche Bauernpolitik. Das ist deutlich, und sollte auch die Leitung des Bauernbundes veranlassen dafür zu sorgen, daß die parteipolitische Unabhängigkeit der Organisation gewahrt bleibt.

Die Elektrowirtschaft des Staates. Eine 80-Millionen-Marktiengesellschaft Preußens.

Seit langem treibt der preussische Staat eine planmäßige Elektropolitik und auch das Reich macht Vorbereitungen zu einer Aufteilung des ganzen Reichsgebietes in Bezirke, von denen jeder ein bestimmtes Gebiet zu verwalten hätte. Nicht Sachverständige sind für das Reichswirtschaftskammeramt an der Arbeit, und es ist in Aussicht genommen, daß als Generalsachverständiger der bekannte bayerische Elektrizitätssachmann Engelzell von Müllers die Ergebnisse der einzelnen Bezirke zusammenfasst. Nun tritt das preussische Staatsministerium mit einem Gesetzentwurf über die Zusammenfassung seiner elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen in einer Aktiengesellschaft hervor. Der Staatsrat wird die Vorlage in kürzester Frist beraten und man nimmt an, daß auch der Landtag sie noch vor der Sommerpause erledigt.

Man ist in Preußen der Auffassung, daß die Zusammenfassung der Ländere unternehmungen eine Erleichterung der bestehenden Maßnahmen des Reiches sein wird. Das preussische Hochland wird die dem Staat zu 100 Prozent gehörigen Gesellschaften Großkraftwerk Hannover, Preussische Kraftwerke Oberweser und Großkraftwerk Main-Weber in eine Aktiengesellschaft vereinen und dieser Gesellschaft auch die gesamten Beteiligungen des Staates an elektrowirtschaftlichen Unternehmungen übertragen. Es wird also die gesamte Verwaltung der staatlichen Elektrizitätsunternehmungen in einer Hand liegen. Die staatlichen Elektrizitätsunternehmungen sind nach Plätze und Einwohnerzahl mit einem Versorgungsgebiet von 50 500 qkm mit rund 5 350 000 Einwohner das größte Unternehmen dieser Art, bleiben jedoch in Bezug auf die Stromerzeugung infolge geringerer Bevölkerungsdichte und schwächerer industrieller Bevölkerung der angrenzenden Bezirke hinter einigen Ueberlandverordnungen zurück. Für eine Umänderung der gegenwärtigen Organisation sprechen staatspolitische, betriebs- und finanzwirtschaftliche Gründe.

Da auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft mehrfach Berührungspunkte zwischen den allgemeinen Aufgaben der Staatsverwaltung und den Belangen der staatlichen Wirtschaft bestehen, bedarf es öffentlichen Interesse eine Vertretung der wirtschaftlichen Verwaltungen des Staates. Die wirtschaftlichen Gründe verlangen eine Organisation, die der vom Staat ausgehenden Stromerzeugung durch Geschlossenheit und Einheit eine rationelle Arbeit sichern. Gegen die Gründung einer Dachgesellschaft spricht neben der Tatsache, daß sich in dieser Form die Rationalisierung nicht ständig entwickeln lassen würde, aber auch das festige Kreditbedürfnis der Elektrizitätsunternehmungen. Die preussische Aktion leidet auch insofern den Elektrotrieben ein, als die neue Aktiengesellschaft der Staatsunternehmungen in eine Interessenmehrfachheit mit dem R. W. E. eintreten wird. Es werden baruffächtsrechtliche ausgetauscht werden und der Staat erhält auch einen Sitz im Präsidium der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätsgesellschaft. Das neue preussische Aktienunternehmen wird auf ein Kapital von annähernd 800 Millionen gestiftet und es soll rückwirkend vom 1. April 1927 ab gestiftet werden.

Geschäftliches.

Erstklassige Fahrräder auf geringe Teilschlungen! Wir machen unsere Leser auf das Angebot der Firma „Autofahrer“, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Alexanderstr. 11, aufmerksam, die beim Verkauf der Fahrräder auf die allgemeine wirtschaftliche Lage der Käufer besondere Rücksicht nimmt, denn sie verkauft erstklassige Fahrräder mit schriftlicher Garantie bei nur 10,- Angebotspreis und 2,50 Wochenrate.

Neue Bücher.

Die Schönheitspflege des Mannes, von Dr. med. Reiche, 200 Seiten auf 16 Bänden, 15 Abbildungen. Preis gebunden 3,00, kart. 2,50. Max Dörmes Verlag, Berlin W. 15. Der Titel verläßt, weil es ein solches Buch noch nicht gibt. Schönheitspflege ist nicht gleichbedeutend mit Verwahrlosung, wie aus dem Beispiel Americas zeigt, wo die Der ungeliebte Mann hat sein Fortkommen im Beruf, seine Erfolge in der Gesellschaft, er fühlt sich nutzlos und unüberall zurückgelassen. Es braucht und darf kein Mann Mittel, Geld, oder Ruhm, rote Hände, rote Nase, Blasen vortragen bekommt, gibt in gleicher Form praktische Ratschläge, die jedem Mann willkommen sein werden. Besonders hervorzuheben ist, daß das Buch äußerst anregend, fesselt und fesselt nicht. Man wird bei jedem Lesen etwas Neues erfahren. Ein sehr umfangreiches Register erleichtert die Benützung. Das Buch wird bei der Erleichterung der Männer, die bekanntlich größer ist als die des schwachen Geschlechts, stark Verbreitung finden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müllers, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Wlg. Jtg.), Dessau.

Freunde!
Erhöht die Werbetätigkeit für unsere Wochenschrift!
Wieviel Leser haben Sie schon gewonnen?

Deutsche Demokratische Partei Bezirksverband Magdeburg-Anhalt

Wir bitten zu beachten:

Einzelmitglieder und Vertrauensmänner, die keiner Ortsgruppe und keinem Kreisverein angehören, zahlen einen Beitrag von vierteljährlich M. 1.— an den Bezirksverband.

Die Ortsgruppen mit Ausnahme des Unterbezirks Harz, des Landesverbandes Anhalt und der Ortsgruppe Magdeburg zahlen pro Mitglied an den Bezirksverband einen Beitrag von 15 Pf. vierteljährlich und den gleichen Beitrag für die Reichsgeschäftsstelle in Berlin.

Die verbundenen Kreisvereine Unterbezirk Harz, Landesverband Anhalt und Ortsgruppe Magdeburg zahlen für jedes Mitglied an den Bezirksverband vierteljährlich 10 Pf. und an die Reichsgeschäftsstelle in Berlin 15 Pf.

Jedes Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei ist verpflichtet, für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation bemüht zu sein.

Werbeanzeigen sind stets den zuständigen Geschäftsstellen zu übermitteln und zwar für den Unterbezirk Harz nach Halberstadt, Paulsplan 22, für den Landesverband Anhalt nach Dessau, Kochstedter Str. 4 und für alle übrigen Bezirke an die Geschäftsstelle in Magdeburg, Breiter Weg 139/140.

Die Anschriften der genannten Vertrauensmänner oder stillen Mitarbeiter aus den einzelnen Orten sind stets der Bezirksgeschäftsstelle bekannt zu geben.

Allen Demokraten wird es zur Pflicht gemacht, sich für die Verbreitung der „Mitteldeutschen Rundschau“ zu bemühen.

Alle Versammlungen sind möglichst frühzeitig in der „M. R.“ bekanntzugeben und über den Verlauf dieser Versammlungen kurze Berichte einzusenden.

Die Ausgaben beliefen sich im Berichtsjahr auf 627,3 Mill. RM., gegen 395,8 Mill. im Jahre 1924 und 242,9 Mill. im letzten Vorjahresjahr. Die Steigerung gegen das Vorjahr betrug demnach 58 v. H., gegen 1913 sogar 158 v. H. Etwa ein Siebtel der Gesamtausgaben entfiel auf die Rentenleistungen, die sich gegen 1913 um 191 v. H. erhöht haben. Diese starke Zunahme ist eine Folge der Steigerung der Zahl der Renten und der Höhe der einzelnen Renten. Die freiwilligen Leistungen, unter denen das Heilversfahren die erste Stelle einnimmt, sind gegenüber 1913 um 36 v. H., die Verwaltungsausgaben um 35 v. H. gestiegen. Wenn man einerseits die Geldwertveränderung, andererseits die Erhöhung des Arbeitsaufwandes, insbesondere durch die beschleunigte Berechnung der Zuschlagsteigerungen infolge des Gesetzes vom 1. April 1925 berücksichtigt, so ist die Zunahme der Verwaltungsausgaben als gering zu bezeichnen. Von den

Die Pachtfußordnung wird um zwei Jahre verlängert.

Die Reichsregierung hat beschlossen, die bisherige Pachtfußordnung, die zum 30. September d. J. abläuft, durch den Reichstag abermals um 2 Jahre verlängert zu lassen.

Diejenigen unserer Freunde, die sich der schon in den Jahren 1920, 1922, 1924 und 1925 erinneren, die notwendig waren, um die Wünsche des gedrückten Pächterstandes auch nur einigermaßen in der Pachtfußordnung zu verankern, werden mit Genugtuung feststellen, daß es als ein großer Erfolg angesehen werden muß, wenn nun die Pachtfußordnung ohne besondere parlamentarische Schwierigkeiten verlängert werden kann. Die Deutsche Demokratische Partei hat mit dem größten Nachdruck sich für den Pächterstand eingesetzt, im Gegensatz zur Volkspartei, die in dieser Richtung fast verpagt hat. Wundem kann man sich darüber kaum, denn die Interessen der Volkspartei liegen heute schon mehr beim Großgrundbesitz, als bei den kleinen Landwirten, die auf Pachtland angewiesen sind. Trotzdem würde es eigenartig, wenn die Volkspartei in Verzicht D behauptet, sie sei eine Bauernpartei, sie habe ja auch mit dem Bauernbund zusammen eine Liste aufgestellt, die zur Wahl des Abgeordneten Westermann führte. Dieses Wahlbündnis und der bekannte Schrift nach „rechts“, den Dr. Böhm glaubte gehen zu müssen, ist dem Deutschen Bauernbund zum Verhängnis geworden. Im Bezirk Magdeburg-Anhalt sind von der großen Organisation nur noch Trümmer vorhanden. Im Interesse der Bauern ist das sehr zu bedauern. Die Verantwortung für diese gewiß politischen Fehler hat natürlich die Leitung des Bauernbundes zu übernehmen. Heute noch kommt es vor, daß Redner in Bauernbundesversammlungen die ungenügsame Bauernpolitik der Volkspartei verteidigen. Erst kürzlich hat der frühere Sekretär des Bauernbundes Klaus, der heute als volksparteilicher Parteifreier

Finanzen der Invalidenversicherung im Jahre 1925.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht einen Bericht über die Lage der Invalidenversicherung. Von besonderer Bedeutung ist die Entwicklung der Finanzverhältnisse, über die das folgende gelagt wird:

Die Einnahmen der Invalidenversicherung setzen sich zusammen aus den Beiträgen der Versicherten und ihrer Angehörigen, den sonstigen Einnahmen der Versicherungsanstalt und dem Reichsschatz. Ingesamt betragen im Jahre 1925 die Einnahmen 728,7 Mill. RM., einsehr. Reichsvorwuchses in Höhe von 43,6 Mill. RM., für die Fortsetzung der Steigerungsbeträge 772,3 Mill. RM., 1471,5 Mill. RM. im Jahre 1924 und 419,3 Mill. RM. im Jahre 1913. Die durchschnittliche Höhe des Wochenbetrages stellte die Gesamtheit der Versicherungssträger im Jahre 1925 auf 35,8 Pf. im Jahre 1924 auf 37,9 Pf., im Jahre 1925 bis zum 27. September auf 67,7 Pf., nach dem 28. September in Kraft getretener Neuordnung der Lohnflächen und Beitragsfuß auf 100 Pf. Wochenbetrag waren also im Jahre 1925 um 85 v. H. höher als im Jahre 1913. Demgegenüber die gesamten Beitragseinnahmen von 1913 auf 1925 um 176 v. H. erfahren. Die sonstigen Einnahmen infolge der großen Vermögensverluste durch die Inflation um 74,2 v. H. zurückgegangen. Im Jahre 1925 entfielen von den Gesamteinnahmen (ohne Reichsschatz) 75,3 v. H. (im Jahre 1913 dagegen 69,2 v. H.) die Beiträge, 22,2 (13,9) v. H. auf die Reichsschatz, 2,5 (16,9) v. H. auf die sonstigen Einnahmen.





Zum bevorstehenden Pfingstfeste

bringen wir nachstehende Artikel in empfehlende Erinnerung.

Backartikel

Kafferausgangsmehl	5 Pfd.	26	Zucker Raffinade	5 Pfd.	33
Weizenmehl	"	22	Zucker Melis	"	36
Bentelmehl (Diamant)	"	153	Saltaminen	"	90
Butter	"	192	Röhren	"	70
Pflanzenbutter	"	60	Kornmehl	"	60
Homa-Margarine	"	90	Handeln, extra fein	"	220
Tafelstolz-Margarine	"	70	Polmin	"	85
Fri-Ho-Di-Margarine	"	120	Schmalz	"	74
Rahma butterfein	"	100	Milch, kondensiert	"	60
			Süßige Milch, neu eingel.	Ltr.	35

Vanillinzucker, Backpulver, Kuchengewürz, Zitronen, Zitronat u. Gese

Aus eigener Bäckerei und Konditorei:

Bienenstich, ganz	400	Obsttorten, Apfel und Aprikosen	240 und 300
Mandelkuchen	550	Sister	200
Mandelkuchen, extra gut	750	Sister m. Schokoladenüberzug	300
Streuhefkuchen	400	Sister, altdeutsch	250
Apfelkuchen	800	Sister, altdeutsch m. Schok. Uebz.	400
Zuckerkuchen	400	Aufläufer (Blech)	350
Topfkuchen m. Rosinen p. Pfd.	60	Kranzkuchen	50
Topfkuchen ohne Rosinen p. Pfd.	55	Ananaskränze	300
Stollen, pro Pfd.	55 und 60	Frankfurter Kränze	von 100 an
Stollen, extra gut, pro Pfd.	120	Baumstamm	280
Torten, verschiedene	von 250 an	Nasekuchen, pro Stück 25 Pfg. ganz	10,00

Geröstete Kaffees nur schmackhafte, ergiebige Qualitäten. Stets frisch gebrannt in eigener Rösterei

Kaffee I, rote Packung, 1/2 Pfd. 100
Kaffee II, blaue Packung, 1/2 Pfd. 85

Für die Festtage

empfehlen wir noch:

Rotweine	Weißeine
Tarragona 1/2 Fl. 150	St. Martin Berg 1/2 Fl. 145
Eala " 190	Gaubirkeheim " 145
Oberingelheimer " 130	Hambacher " 185
Montagne " 160	Schloßberg " 170
Johannisbeerwein " 120	Dypenheimer " 170
Heidelbeerwein " 120	Güldenmorgen " 170
Apfelwein, 1/2 Fl. 65	Apfelwein, süß, 1/2 Fl. 85

Zigarren u. Zigaretten in großer Auswahl

Konsum-Verein

für Magdeburg und Umgeg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

ALTSTÄDTER BÜRGERSÄLE
Koststraße 9
Telefon 6774
Der Garten ist eröffnet!
Eingang Apfelstraße

W. Trint
Inhaber des altbekannten Refektoriums
Goldene Tafel
Karlstraße 6
Telefon
Warme und kalte Küche zu jeder Tageszeit
Festsaal

Erstklassige Fahrräder
mit Garantie, Freilauf u. Bereifung in allen Preislagen von
M 39,50 an
Illustr. Katalog kostenlos
Wir liefern unsere Bekleidungsartikel, Radzubehör- und reparaturfreie jeder beliebigen Größe.
Die Aushändigung unserer besten Tourenräder erfolgt bei nur
Anzahlung m 10.-
Wochenrate m 2.50
AUTOFAHRAG G.M.B.H.
Berlin-SW 68
Alexandrinien-Strasse 945

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinbühne-Bühne.

Billiges Pfingst-Angebot
Zu bedeutend ermäßigte Preisen:
Herren-Anzüge 22.00
Gummimantel 14.00
Hosen 3.90
Windjoppen u. Windjack 3.90
Kinder-Waschanzüge 4.50
Sport-Hemden 1.80
Sport-Hosen 2.20
Berufskleidung in großer Auswahl
Bitte meine 4 Fenster zu beachten.

KAVAUMA
KRANKENKASSE DES KAUFMÄNNISCHEN VEREINS | GEGR. 1899
DIE BESTE VERSICHERUNG GEGEN KRANKHEIT

J. Gorgens
Jakobstr. 3,
Ecke Kl. Marktstraße.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Die Wahrheit über Ihren Charakter, Liebe, Zukunft, Reichthum, Eheleben etc. sagt Ihnen a Grund astrologischer Wissenschaft (Stern- und Horoskopen) u. Graphologie (Hand- und Gesichts-lesung) Einzelunterzeichneter. Ich empfehle Ihnen, heute noch zu schreiben und Ihre genaue Adresse mit Geburtsdatum anzugeben. Sie erhalten hierauf eine wichtige Mitteilung.
Georg Krieg, München
Postamt 26.

Franz Plitzkuhl
Empfehle:
Hüte, Mützen, Schirme, Wäpche, Kravatten, Stübe, Handschuhe, Sockenstrümpfe.
Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.

Wilhelm Kobelt

Denken Sie daran Ihre **Familien-Anzeigen** auch in unserer Zeitschrift aufzugeben

ff. Wurstwaren
ff. Fleischwaren
Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-F.
Magdeburg
Bärplatz
Fennruf 72

Politische Pfingsten

Von Hartmann Freiherrn von Richthofen, Mitglied des Reichstages.

Die leitenden Herren der Zentrumspartei, die doch wohl in erster Linie für die Entschiedenheit der gegenwärtigen Regierungskoalition verantwortlich geblieben, haben sich in der Erwartung zweifellos nicht geirrt, daß das Mitregieren im Reich für die Deutschnationalen Volkspartei in ununterbrochener Folge politische Fatalitäten mit sich bringen werde. Die Deutschnationalen haben nun einmal im Lande so viel verprochen und so viele Forderungen aufgestellt, daß sie fast bei jedem Schritt, den das gegenwärtige Reichsministerium tut oder zu tun gesonnen ist, mit sich selbst in Konflikt kommen. Auf diese Weise haben wir im Deutschen Reichstag den großen Vorgang erlebt, daß die Deutschnationalen Volkspartei bei Beschlußfassung des Republikstiftungsgesetzes zungenlos ist, mit für den Paragraphen zu stimmen, der die Fernhaltung des ehemaligen deutschen Kaisers von deutschen Boden zum Gegenstand hat. Aber auch in anderen Entschcheidungen, die sich politisch auf weitestehende des deutschen Volkes wesentlich stärker auswirken als dies beim Republikstiftungsgesetz der Fall ist, erliegen die Deutschnationalen zu fast 100 Prozent alles das, was sie in früherer Zeit ihren Wählern zugesagt haben. So flagrantestes Beispiel kann man hier auf die Behandlung der Monnaie bei Aufwertungsgesetz im Reichstagsbeschluss des Reichstages verweisen, die — von deutschnationalen Reichstagsmitglieder hergeleitet und vertreten — den erwartungsvollen Sparen und Gläubigern eigentlich keine irgendeine garantierte materielle Verbürgung bringt, sondern lediglich einige formale Fehler des Jahres 1925 von den gleichen Regierungsparteien hergeleiteten Aufwertungsgesetz zu beiseite schiebt, um die demokratischen Vertreter im Reichsausschuß sind, die bei der Beratung dieses Gegenstands von vornherein die Absicht gehabt haben, das Aufwertungsgesetz praktisch über die Frage steht und daß schon die menschliche Tragweite mit diesem ganzen Problem verbunden ist, den Volkstränen verbieten sollte, von vornherein ausgleichende Abhilfe lediglich aus agitativen Bedürfnissen zu schaffen. Aber bei einigen besonders bedenklichen Stellen der Aufwertungsgesetzgebung — wie beispielsweise bei der Staatsanleihe — ist von Seiten der demokratischen Vertreter doch der Versuch einer Abänderung gemacht worden, aber an dem geschlossenen Widerstand der Regierungsparteien gescheitert. Selbst die mit aller Energie erzielte Forderung nach der Wiederaufnahme der Arbeit, die der demokratische Finanzminister Dr. Reinhold für eine Bestätigung der Altbesitzer der Anleihenbesitzschuld gehabt hatte, stieß auf ein „Nein“ der Regierung. Die gegenwärtige Reichsregierung hält es, was Minister Dr. Reichhold als finanziell durchaus unangehörig hatte, für unmöglich und wenn sich die Regierungsparteien nicht noch eines Besseren bedienen, so werden wir uns leider mit der auch für jeden Fall unsicheren des Reichs bedenkliche Lasten abzufinden haben, die nicht nur jeder private Hypothekensbesitzer, sondern die jeder Sparfüßlergläubiger bei der Aufwertung unheimlich besser getroffen ist wie diejenigen, die in der Reihe in seiner eigenen Not ihr Geld, sei es freilich, sei es als zwangsgemäße mündelsichere Anlage zur Verfügung gestellt haben.

Die Demokratische Partei könnte daher, wenn sie die Energie parteipolitisch bewahren wollte, der Experimenten der gegenwärtigen Reichsregierung lieber noch längere Zeit im Range zuschauen. Aber die Geschichte der Regierungspartei der letzten Jahre überblickt, wird sich aber erinnern, daß die Demokratische Partei bei jeder Regierungsbildung stets das außenpolitische Moment den Vordergrund gestellt hat. So ist auch für ihre Mitarbeit an der gegenwärtigen Regierung vor

allem die Erwägung bestimmend gewesen, daß durch eine unter deutschnationalem Einfluß stehende Regierung eine erfolgreiche auswärtige Politik nicht nur aufs äußerste erschwert, sondern daß mit einer Stagnation der ganzen außenpolitischen Entwicklung, die einem Rückschritt gleichkommt, als wahrscheinlich gerechnet werden müsse. Diese pessimistischen Erwartungen sind leider noch wesentlich schneller, als man annehmen mußte, Realität geworden. In die sich durch die Entwicklung der Verhältnisse in Frankreich und die Präokkupation der englischen Regierung durch die chinesischen Ereignisse gespannte Lage ist von der gegenwärtigen Reichsregierung keineswegs im Sinne einer möglichst reibungslosen Fortführung der Locarno-Politik erleichtert worden. Im Gegenteil, man hat nun Schäden unserer nationalen Interessen den auswärtigen Gegnern der Locarno-Politik in den letzten Monaten ihrer Tätigkeit wahrhaftig nicht erschwert. Der erste Akt der jetzigen Reichsregierung war die Suspendierung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, obwohl man sich doch der Rückführung gerade dieser Artischen Fragen auf die gemeinsameuropäische Politik bewußt sein mußte. Dann folgte die Rede des Herrn Ministers Hergel, der Stellungnahme in Berlin, sodann der Beweis als erbracht gelten kann, daß die Deutschnationalen auch heute noch die Neutralität der außenpolitischen Verhältnisse nicht zu übersehen, geschweige denn ihr Verhängnis zu tragen vermögen. So ist unsere Handelspolitik zum Stillstand gekommen. Und auch die Verhandlungen mit Kanada, mit dem als erstes der englischen Dominien geordnete Handelsabgebotungen hergestell werden sollten, sind ins Stocken geraten. Daß der gleiche unerfröhlische Zustand in den Fragen der großen auswärtigen Politik eingetreten ist, wird auch von amtlicher Stelle heute nicht mehr bestritten. Gewiß hat Herr Dr. Stresemann recht, wenn er in seiner letzten Rede in Süddeutschland erklärt hat, daß der Weg der auswärtigen Politik eines Landes nicht immer ein ebener sein könne und Schwankungen unterworfen sei. Und hier gilt auch für die auswärtige Politik, daß mit dem Geschicks Mächten kein ewiger Bund zu schließen ist. Etwas anderes aber ist es, wenn eine Regierung selbst in der Führung ihrer auswärtigen Politik schwachend wird und auf diese Weise die Mißerfolge gesiegt werden, die man dann doch wohl kaum dem Willen eines blinden Schicksals zur Last legen kann. Die Deutsche Demokratische Partei wird bei dieser Entwicklung der Dinge vorausechtlich gezwungen sein, ihre Opposition mehr und mehr zu verschärfen; denn sie kann nicht deutlich genug vor allem auch im Interesse einer zukünftigen ohne deutschnationale Einflüsse zu führenden Reichspolitik von den Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung abweisen, deren Schädlichkeit für die Interessen unseres Volkes immer klarer in Erscheinung tritt.

Die Pfingsttage rufen uns die Zeiten in Erinnerung, als die ersten Vertreter der Gedanken des Christentums ausgesandt wurden, um die Menschheit für ihre Anschauungen zu gewinnen. Jenseitiger Glaube an die Güte der eigenen Sache und entschlossener Bekennermut haben die christlichen Apostel ausgezeichnet und zu Durchführung ihrer Aufgabe befähigt. Diese Eigenschaften sind auch heute noch die sicherste Bürgschaft des Erfolges. Die Deutsche Demokratische Partei hat sicherlich keinen Grund, auch nur im geringsten an der Richtigkeit ihrer politischen Anschauungen zu zweifeln; im Gegenteil, diese haben sich in umfassender Weise auch bei anderen Parteien durchgesetzt. Wenn die Partei im Kampf gegen die fehlerhafte Politik der jetzigen Reichsregierung neben der erforderlichen Energie auch die notwendige Unterwürigkeit beim deutschen Volke findet, werden wir hoffentlich bald das Ende des gegenwärtigen außen wie innenpolitisch schädlichen Regierungsexperiments erleben.

Marx, der Kartellträger der Rechten.

Contra Hörsing und Wirth.

Man denke einmal gut zwei Jahre zurück. An die Zeit Reichspräsidentenwahl. Damals kandidierte Herr Marx „Wolfspräsident“ gegen die Reaktion. Damals ist Herr Marx durch die Lande gereist, immer unter dem Schutze des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Seite an Seite, Schulter an Schulter mit Demokraten und Sozialdemokraten. Auf das ihm umgeben Hörsing haben sie alle, die Hunderttausende und Millionen Volksmänner diesem Manne zugehört, diesen Mann geschätzt vor den Anspöckeln der Schwarz-Weiß-Partei, wohl er, der Rathpol und Zentrumsmann, durchaus nicht Mann ihres Herzens war. Das war vor zwei Jahren.

Heute ist Herr Marx Kanzler einer Bürgerlosregierung. Er sitzt er im Kabinett mit den Deutschnationalen an einem Tisch. Schon das hat unendlich viel an politischem Glauben verloren, den wir einmal an die Unveränderlichkeit der Weiter Koalition gehabt haben. Aber nicht genug. Marx nicht gut nicht damit, etwa aus außenpolitischen Gründen den bisher guten Namen als Auswärtigeidherz herzugeben, denkt auch nicht daran, Güter und Schöpfer eines einflussreichen Reichstages zur Republik zu sein — wie hätte er sonst die Reichspräsidentenwahl im Fall Bedröht zumitteln können —, nein: er macht sich zum Kartellträger der Rechten. Das ist nicht etwa ein Wort aus dem Munde eines bösen Demagogen oder Sozialdemokraten, die ihm nicht gut auf seinen Wegen zu folgen vermögen, das ist eine Char-

akteristik aus der Feder eines Zentrumspolitikers, zu lesen in Nr. 31 der „Deutschen Republik“.

Der Brief des Reichstagesleiters an den Ministerpräsidenten Braun, der die Maßregelung des Oberpräsidenten Hörsing verlangt, ist das Ungeheuerliche, was sich je ein Zentrumspolitiker geleistet hat. Er hat deshalb in den politischen Kreisen, auf die Marx die Erfolge seiner Verbindungsarbeit allein zurückführen muß, tiefste Verbitterung hervorgerufen. Und die preussische Regierung hat vielleicht gut daran getan, daß sie diesen Brief vorläufig in eine Mappe gelegt hat, die bei passender Gelegenheit einmal bearbeitet werden kann. Aber das alles genügt nicht. Herr Marx hat auch noch einen zweiten Brief geschrieben. An Dr. Wirth. Mit der Androhung, daß er die ihm erforderlich scheinenden Maßnahmen bei der Zentrumspartei treffen würde, falls sich befähigt, daß Dr. Wirth seinen Kampf um die Reinheit des Reichstages und Bekenntnisses, denn das ist der Kampf gegen die Deutschnationalen, fortsetzen würde. Was sein, daß Herr Marx sich selbst gar nicht bewußt ist, daß die Deutschnationalen ihm die Rolle eines Beiständers aufgesungen haben. Aber ist niemand in seiner engeren Umgebung, sei es in seinem Amt, sei es in seiner Partei, der ihm die Augen öffnet? Auf dem Parteitag in Kiel ist es noch einmal gelungen, die Partei der Arbeitermassen um das Bekenntnis zum Staat zu führen. Will Herr Marx, will das Zentrum auch die letzte Chance für eine Front der sozialen Republikaner ausfinden? Dann tanze man nur weiter nach der Pfeife der Deutschnationalen.

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion

Wie der Großgrundbesitzer Steuern zahlt.

Die „Deutsche Bauernzeitung“ veröffentlicht folgende Mitteilung: „Im Kreise Frenstau, dem besten Kreise im Regierungsbezirk Potsdam, gehören den Großgrundbesitzern von den 452 000 Morgen landwirtschaftlich gemessener Fläche über 66 v. H., der Bauernschaft nur 25 v. H., der landwirtschaftlichen Einrentenbauern auf, während der Mittel- und Kleinbesitz 75 v. H. aufzubringen hat. 60 v. H. der Rittergüter zahlen überhaupt keine Einkommensteuer, rund 30 v. H. wurden nach dem Verbrauchsverhältnis, nur 10 v. H. nach den Rückschlüssen. Der Anteil der Bauernschaft an dem gesamten Steueraufkommen würde noch viel höher sein, wenn in diesem Jahre gerade bei den Kleinbesitzern nicht verhältnismäßig viel Abzüge für Viehverluste infolge Viehschlachtes hätten gemacht werden müssen.“ — Das ist die praktische Steuerpolitik des Reichs-Landtags, bei der die bäuerliche Bevölkerung die Steuern zahlt und die Großgrundbesitzer die Bürger wählen.

Vom 40. deutschen Fürorgetag in Hamburg.

Im Ueberseebund sprach der Zentrumsreferent des Preussischen Landtag Landtagsabgeordneter Dr. Gynkel (Dem.) im Rahmen des Fürorgetages über „Rechtsfürsorge für Minderbemittelte.“ Auch hier hatte ein Teil der großen Aufgabe, die deutsche Rechtsfürsorge rationell zu gestalten, ihrer Lösung. Die viel zu große, die Millionenzahl der Fälle, die in Deutschland den Gerichten als freitragend zur Entscheidung überlassen wurde, mußte durch Ausnahmeweisen und Güterverfahren verdrängt werden. Stark unterstützten wurden dabei von Dr. Gynkel die Forderungen:

bei der notwendigen Führung mit den Fürorgetag stellen darf die Verdrängung dieser Tätigkeit mit den Vorkaufsbedingungen nicht abreißen.

Darf ferner das Ausnahmeweisen freitragens nur Minderbemittelten zugute kommen, um nicht den Staats- und rechtspolitisch so wichtigen freien Berufsstand der Anwälte zu gefährden.

Deshalb mußte die Anwaltschaft wie die Richterhaft diese Aufgaben ihre Aufmerksamkeit auch praktisch zuwenden. Die Hamburger Einrichtungen seien vorbildlich.

Landwirtschaft und Kanalsan.

Bei dem Bau von Kanälen wird die Landwirtschaft häufig empfindlich geschädigt, indem die Grundstücke eines Besitzers zerstückelt oder die Fahrwege abgespart werden. Ein demokratischer Antrag im Preussischen Landtag hat amtlich der neuen Kanalsanprojekte heraus hingewiesen und verlangt, daß den Landwirten anstelle der enteigneten Grundstücke nach Möglichkeit eine Entschädigung in Land gegeben werde. Es war auch die Anregung gegeben worden, die Färden zu ein großzügiges Umlegungsverfahren zu übertragen. Eine Neuerung aus der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen ging vor einiger Zeit in dieselbe Richtung. Wie man verlaute, will die preussische Regierung solche Umlegungen nach Möglichkeit nicht eintreten lassen, sondern die Landentschädigungen sollen im Güterverfahren durch Vermittlung der Landesbestaatsbehörden erfolgen. Die Landentschädigungen machen aber den Anlauf am Land notwendig, und die Staatsregierung will auch auf den Reichsweilensminister einwirken, damit Entschädigungsland ausreichend zur Verfügung gestellt wird.

Förderung der landwirtschaftlichen Statistik.

Die demokratischen Abgeordneten Meinde, Bartels-Hannover, Hoff, Hecht, Wachsopf, de Wente, Schmiljan, Herrmann, Jank und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben im Preussischen Landtag nachstehenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, Mittel für die Zwecke der landwirtschaftlichen Statistik zur Verfügung zu stellen, damit das Statistische Amt mit den britischen Vertrauensleuten in persönliche Führung treten, die Auswertung der Materialien der Offenheit in größerem Umfange als bisher nutzbar machen und insbesondere möglichst frühzeitig die voraussichtlichen Ernteerträge nach Menge und Güte bekannt geben kann.

Höhere Altersgrenze für akademische Lehrer in Preußen.

Seit längerer Zeit wird in der Öffentlichkeit die Heraushebung der Altersgrenze der akademischen Lehrer in Preußen erörtert. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ dazu mitteilt, steht in kürzester Frist eine diesbezügliche Vorlage des Kultusministeriums an das preussische Staatsministerium in Aussicht. Die Altersgrenze ist bisher auf 65 Jahre generell festgesetzt und eine Erweiterung kann nur von Fall zu Fall für je ein Jahr durch das Staatsministerium bis zur Höchstgrenze von 68 Jahren erfolgen. Alle übrigen deutscher Länder, mit Ausnahme von Mecklenburg, haben höhere Altersgrenzen für akademische Lehrer, so Württemberg das 67. Jahr, Baden das 68. Jahr und Bayern und Hessen haben überhaupt keine Altersgrenze. Das hat dazu geführt, daß in der letzten Zeit Berufungen nach Berlin leitens hervorragender Dozenten mit Hinweis auf die preussische Altersgrenze abgelehnt worden sind. Bei der Hinaufsetzung

das seinem Eid entsprechende Auftreten tiefsten Dank aus und erwartet von der preussischen Staatsregierung eine Regelung der Angelegenheit, die dem Willen der republikanischen Volksmehrheit entspricht."

Nach Erledigung organisatorischer Fragen wurde die Besprechung mit dem Reichsbeamtenrat und einem dreifachen „Frei Heil“ auf die Republik und die schwarz-rot-goldenen Farben geschlossen.

Halle. Der „Gewerkschaftliche Pressedienst“ schreibt uns über die Aufhebung der Rentenbezüge aus der Angestelltenversicherung und über die teilweise Neuregelung mit Wirkung vom 1. Juli 1927: Durch das Gesetz vom 8. April d. J. sind die Leistungen der Invalidenversicherung u. a. dadurch erhöht worden, daß man die Steigerungsbeträge für die Inflationsbeiträge verdoppelt hat. Da für die meisten Rentnem Empfänger der Angestelltenversicherung teilweise auch Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet worden sind, kommt auch ihnen diese Verbesserung zugute. Entscheidend für die Höhe der Aufhebung ist der Anteil der Rente, der auf die Invalidenversicherung entfällt. Dieser Anteil erhöht sich durch die Neuregelung mit Wirkung vom 1. Juli 1927 ab eine Verdoppelung, jedoch alle in Betracht kommenden Aufhebungsbeträge mit einer gewissen Ermäßigung ihrer Höhe rechnen können. Aber auch die Hinterbliebenenrentnem Empfänger der Angestelltenversicherung haben eine Erhöhung ihrer Bezüge zu erwarten. Auch bei den bereits vorhandenen Rentnem Empfängern müssen hier im Gegensatz zu dem bisherigen Recht die Invalidenversicherungsbeträge des Verstorbenen mit in Anrechnung gebracht werden. So kommen denn die 33 Millionen, die die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nunmehr an die Invalidenversicherung zu zahlen hat, weitgehend zum Teil den Angestelltenversicherten wieder zugute.

Wirtschaftliches

Die Zunahme der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Siedlungsergebnisse.

Als eines der Hauptergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1925 ist jetzt festgestellt worden, daß sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im jetzigen Reichsgebiet gegenüber 1907 um 455 000 Betriebe oder 10 v. S. vermehrt hat. Insgesamt wurden im Jahre 1925 5 096 543 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von mindestens 5 Ar festgesetzt. Der größte Teil der Zunahme entfällt auf die Zwergbetriebe von 5 bis 60 Ar, deren Zahl sich um rund 400 000 erhöht hat. Abgesehen von einer besseren statistischen Erfassung kommt darin die tatsächliche Entwicklung zum Ausdruck, die sich seit 1907 vollzogen hat. Auch die Zahl der Parzellenwirtschaften mit 0,5 bis 2 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche hat sich gegenüber 1907 um annähernd 60 000 vermehrt. Relativ geringfügig ist die Zunahme der Kleinbäuerlichen Betriebe. Sie beträgt nur 9 000 oder 0,9 v. S. Nicht beachtenswert ist dagegen die Zunahme der mittelbäuerlichen Betriebe, die rund 25 000 beträgt. In dieser Zunahme dürfte nach der von amtlicher Seite vertretene Auffassung in gewisser Hinsicht ein Erfolg der Siedlungstätigkeit seit dem Jahre 1907 zu erblicken sein, handelt es sich doch bei der Schaffung von Neusiedlungen

auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes und auf Grund des preussischen Gesetzes über Schaffung von Rentengütern in der Hauptsache um mittelbäuerliche Betriebe. Seit dem Jahre 1907 bis 1925 wurden allein in Preußen 15 659 Rentengüter mit einer Fläche von 133 442 Hektar neu ausgelegt. In der Zeit von 1919 bis 1925 wurden auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes im Reich 16 728 Neusiedlungen mit 146 470 Hektar begründet.

Auch die Anlageförderung dürfte zur Vermehrung der mittelbäuerlichen Betriebszahl beigetragen haben, ins-

Zur Beachtung!

Unsere Parteigeschäftsstelle mußte wegen Umbau des Hauses abermals verlegt werden. Sie befindet sich jetzt

Große Brauhausstraße 30
(Ritter-Passage).

Wir bitten, dies bei allen Zuschriften und Sendungen zu beachten.

Deutsche Demokratische Partei
in Halle.

fern, als Parzellenwirtschaften und Kleinbäuerliche Stellen im Wege der Anlageförderung zu mittelbäuerlichen Betrieben aufgestiegen sind. Insgesamt wurden von 1919 bis 1925 im Deutschen Reich 156 228 Hektar Land im Wege der Anlageförderung an rund 168 398 Kleinstellen abgegeben.

Die großbäuerlichen Betriebe haben seit der letzten Zählung einen nicht unerheblichen Rückgang erfahren und zwar um rund 28 000 Betriebe. Dieser Rückgang liegt in der Linie der Entwicklung, die auch in früheren Jahren beobachtet wurde.

Soziales.

Das Heimstättenamt der Deutschen Beamtenchaft e. V., Berlin-Eichkamp, eine gemeinnützige Gründung der großen Beamtenhilfsorganisationen, hat in diesen Tagen eine Heimstättenparade für die Beamten gegründet. Bei Erfüllung der Bedingung ist durch das Amt jedem Beamten die Möglichkeit gegeben, das feste Wohnungsgeld bei Errichtung einer Heimstätte oder im Laufe der Sparzeit zu erhalten. Das gemeinnützige Unternehmen wird auch betreut sein, nach der bald zu erwartenden Beratung der Beamten-Heimstätten-

gesetzes die notwendigen Heimstättenfelder zur sofortigen Auszahlung zu beschaffen. Die Ortsstelle der Beamten-Epikopienorganisationen und das Heimstättenamt liefern nähere Auskunft. Auch ist der Beamten-Epikopienrat, Oberpostdirektor Vermet, Magdeburger, Hindenburgstraße 25, Fernsprecher Magdeburg 1153, näheren Auskunft bereit.

Die Durchführung des Impfgesetzes.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt weist in ein Rundverfügung an die nachgeordneten Behörden darauf hin, nach dem Gesamtresultat der Schutzimpfungen im Jahre 1921-23 das Impfgesetz noch nicht wieder so leicht durchgeführt ist, wie es in der Vorzugsliste der Voll- u. Teilschutzimpfungen die Zahlen der vorwärtsdringenden Entschieden in diesen Beziehungen noch recht hoch. Der Minister hat daher, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, zuständigen Stellen, die mit dem Vollzug des Impfgesetzes trauten Behörden anzuweisen, mit allem Nachdruck auf die Erfüllung der Impfpflichten hinzuwirken.

Erfüllung der Auslagen an Schwestern. Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat dem Staatsrat den Entwurf einer Verordnung über die von den Trägern der Krankenversicherung an die Hebammen zu zahlenden Gebühren erteilt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst aus der Begründung mitteilt, hat sich die bisherige Regelung, die ein besonderer Anspruch der Hebamme auf Entschädigung ausbleibt, nicht als zweckmäßig erwiesen. Daher sieht der Entwurf für die neue Verordnung vor, daß der Hebamme eine Vergütung für Benutzung von Fahrweg, Eisenbahnen usw. in je-

Neuregelung der Hauszinssteuer durch das Reich.

Zu den Mitteilungen, die über die Neuregelung Hauszinssteuer durch das Reich im Rahmen des Gesetzes zur Vereinfachung der Realsteuern gemacht worden sind, erfährt der „Demokratische Zeitungsdienst“, daß die vorbereitenden Entwürfe eine Begrenzung der Steuerhöhe auf 14 v. H. der Steuer der Erträge bis zu 14 v. H. vorsehen. Ferner soll die Vorzugsbefreiung des Hauses berücksichtigt werden, dagegen wird kaum festgemacht werden, in welchem Maße die Hauszinssteuer von 1907 her abgebaut werden soll, wenn auch der allmähliche Bau vorgezogen ist. Aber diese Frage werden noch Verhandlungen amtsden, nachdem der Reichsfinanzminister in sei-ner Ausprache mit den Finanzministern der Länder in voriger Woche von seinen Plänen Kenntnis gegeben ist. Bei dieser Gelegenheit taucht auch wieder die Frage Beteiligung der Landwirtschaft an der Aufbringung Hauszinssteuer auf, doch ist darüber Endgültiges noch nicht festgesetzt.

Mehrere Berichte mußten wegen Plagiat zurückgestellt werden.

Bei unregelmäßiger Post-Bestellung beschwere man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn der Brief unsere Zeitung durch den Verlag überwiesen wird.

Alb. Willy Schüler
Kunst- und Bauschlosserei
Wallstraße 12. Magdeburg Fernruf 2354
fertigt alle Schlosserarbeiten an.
Spez.: Markisen, Scherengitter pp.

**„Zum Patzenhofer“
u. Hotel „Stadt Prag“**
Bärstraße Nr. 1 b-2 - Fernruf: Patzenhofer 7239, Hotel 1340
Das Haus der guten Küche!
Großer Frühstücks-, Mittags- und Abend-Tisch
Jeden Abend abwechselnd Stammerichte.
Zum Ausschank gelangen die gut gegliederten und temperierten echt „Schalltels-Patzenhofer“ Biere. Ganz besonders mache ich auf die neu eingebaute Bar- und Gaststube-Anlage aufmerksam, wodurch das Lokal auch bei stärkstem Besuch vollständig rauchfrei ist.
Neue Betriebsleitung: Hermann Holste.

**Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär“**
Bes. Ad. Thurnagel.
Inferieren bringt Gewinn!

Auto-Privat-Fahrschule
Ob.-Ing. Val. Bohland
gerichtlich beeidigter Sachverständiger für das Kraftfahrwesen.
Ausbildung von Kraftfahrzeugführern
zu kulantesten Bedingungen und
mit bestem Erfolg.
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
Tel. 6334. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 6354.

Insrieren bringt Erfolg!
D. D. P. Fernsprecher 8095

Adressen
jeder Art, für Ihren Betrieb, liefert Ihnen der bekannte Dresdener
Adressen-Verlag G. Müller
Dresden-N. 6, Königsbrücker Platz 2
(Bitte auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)
Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

Werbt neue Abonnenten!
J. BORMANN
Große Münzstraße 2
Koffer :: Keltstaschen :: Damen-Gandstaschen :: Beldstaschen :: Altknappen :: Rucksäcke :: Sportutensilien sowie andere Geschenkartikel.

Konsum-Verein
für Magdeburg u. Umgegend

Herrenkonfektion
Burschen-Anzüge 29.- farbige 37.- 32.-
Burschen-Sp.-Anzüge 35.- 42.- 39.-
Herren-Anzüge 34.- farbige 65.- 57.- 48.-
Herren-Anzüge 70.- blau Klub-Anzüge 85.- 80.- 72.-
Herr.-Sommer-Paletots 56.- u. Covercoat, in Schwedenl., v. an

Schuhwaren
Damen-Halbschuh 10.25 farbige 15.- 13.50 12.-
Damen-Lackschuh 9.50 15.- 12.50 10.75
Damen-Halbschuh 12.50 braun 15.- 14.50
Herren-Halbschuh 12.50 farbige 19.- 15.75
Herren-Halbschuh 13.50 Lack 18.50 17.- 14.25

Drucksachen
für Vereins-u. Privatbedarf stellt preiswert her die Buchdruckerei
Hugo Alper
Delitzsch - Hallesche Straße



